



Dr. Burchard Bösche

Genossenschaften – Gewerkschaften – Revolution

Vortrag im Rahmen der Tagung der IG Metall „90 Jahre Novemberrevolution – Was bleibt?“ am 8. November 2008 in Berlin-Pichelsee

Produktivgenossenschaften als Folge von Arbeitskämpfen

Genossenschaften und Gewerkschaften haben eine lange gemeinsame Geschichte. Schon in der Frühphase der Gewerkschaftsbildung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts war die Gründung von Produktivgenossenschaften vielfach eine Folge von Arbeitskämpfen. In der Konsequenz von Streiks, aber auch von Aussperrungen, um Arbeiter zum Verlassen ihrer Organisation zu zwingen, verloren die aktiven Streikteilnehmer oft ihre Arbeitsstelle. Die Unternehmer erfassten sie auf schwarzen Listen und bewirkten so, dass die Betroffenen zumindest am Ort keine neue Stelle in ihrem Gewerk bekommen konnten. Die oft noch im Aufbau befindlichen gewerkschaftlichen Organisationen halfen ihren Mitgliedern dadurch, dass sie ihnen Reisegeld zahlten, das es ihnen ermöglichte, an anderen Orten Arbeit zu suchen. Für Familienväter mit eigenem Hausstand war dies jedoch nicht möglich, sie waren an ihren Wohnort gebunden. Um ihnen zu helfen, wurde vielfach von den gewerkschaftlichen Organisationen die Gründung von Produktivgenossenschaften initiiert. Dies war am ehesten möglich, wenn es sich um Gewerke handelte, in denen keine teuren Maschinen und Anlagen angeschafft werden mussten, was beispielsweise für die Zigarrenarbeiter, die Kautabakarbeiter, aber auch für Zimmerleute galt. Beispiele solcher arbeitskampfbedingten Produktivgenossenschaften sind die Berliner Zigarrenarbeitergenossenschaft von 1870, die Nordhäuser Kautabakgenossenschaft von 1890 und die Hamburger Tabakarbeitergenossenschaft von 1892.

Produktivgenossenschaften scheiterten

Impressum

Herausgeber: Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumeisterstr. 2, 20099 Hamburg
Tel.: 040 – 2 35 19 79 – 0, Fax: - 67, Mail: info@zdk-hamburg.de
Verantwortlich: Dr. Burchard Bösche

Eine Gewähr für den Textinhalt wird nicht übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Diese frühen Produktivgenossenschaften scheiterten fast alle. Nicht selten rissen sie ihre führenden Mitglieder in den privaten Ruin. Die Auswanderung in die USA war häufig die unausweichliche Konsequenz. Die Ursachen für das Scheitern der Produktivgenossenschaften lagen zu allererst bei den Absatzschwierigkeiten. Die Genossenschaftler wussten zwar zu produzieren, hatten aber keine Erfahrungen und insbesondere keine Verbindungen, wie sie den Absatz organisieren sollten. Führende Gewerkschaftler, wie etwa Friedrich Wilhelm Fritzsche von den Tabakarbeitern, mussten sich als Handlungsreisende betätigen, was ihre Gewerkschaftsarbeit schwer in Mitleidenschaft zog. Gewerkschaftsbüros, von denen es nur wenige gab, wurden von den Genossenschaften als Warenlager und Zentralbüro zweckentfremdet.

Ein weiter Grund des Scheiterns waren vielfach Finanzierungsprobleme, da insbesondere Rohstoffe vorfinanziert werden mussten. Der Kampf der Unternehmer gegen die Produktivgenossenschaften wirkte sich hier aus, da die Rohstofflieferanten unter Druck gesetzt und zum Teil mit Boykott bedroht wurden, was den Rohstoffeinkauf für die Genossenschaften besonders teuer machte.

Nicht wenige Genossenschaften sind auch am internen Zwist gescheitert, der nicht selten mit dem wirtschaftlichen Misserfolg einherging.

Es soll damit nicht gesagt werden, dass alle Produktivgenossenschaften scheiterten. Die Hamburger Bäcker-Genossenschaft war zwar nach ihrem ersten Anlauf bald insolvent. Dann nahm sich jedoch der frühere Vorsitzende des Bäckerverbandes Otto Allmann der Genossenschaft an und führte sie über lange Zeit mit Erfolg. Ein weiteres Beispiel erfolgreicher Genossenschaftsarbeit ist die Hamburger Tabakarbeitergenossenschaft, die 1892 nach dem großen Tabakarbeiterstreik gegründet worden war und von Adolph von Elm geführt wurde. Die Genossenschaft produzierte an drei Standorten in Hamburg, Baden und Sachsen, beschäftigte bis zu 900 Menschen und hat 20 Jahre lang erfolgreich gewirkt, bis sie schließlich von der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine mbH (GEG) übernommen wurde. Dieser Erfolg hat eine einfache Erklärung. Von Elm löste das Absatzproblem durch den engen Anschluss an die GEG, die ihren Bedarf an Zigarren fast vollständig über die Tabakarbeitergenossenschaft deckte. Die GEG wurde Mitglied der Genossenschaft und ließ die ihr zustehenden Gewinnanteile dort stehen, so dass die GEG auf lange Sicht nicht nur den Absatz garantierte, sondern



auch das nötige Eigenkapital zur Verfügung stellte.

Konsumgenossenschaften theoretisch sinnlos

Während die Produktivgenossenschaften ins theoretische Konzept der sozialdemokratischen Partei durchaus passten, allerdings die konkreten praktischen Erfahrungen gegen sie sprachen, so war es bei den Konsumgenossenschaften genau umgekehrt. Diese waren nach dem von Ferdinand Lassalle formulierten „ehernen Lohngesetz“ sinnlos, da die mit genossenschaftlichem Einkauf zu erreichende Verbilligung der Lebenshaltung sich nach diesem theoretischen Ansatz zwangsläufig in einer Lohnsenkung auswirken musste. Eine dauerhafte Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter war danach durch genossenschaftlich organisierten Konsum nicht möglich, weshalb Ferdinand Lassalle sich ausdrücklich gegen die Gründung von Konsumgenossenschaften aussprach. Die Argumente gegen die Konsumgenossenschaften waren allerdings die gleichen, wie sie gegen die Gewerkschaften erhoben wurden, gegen die Versuche durch Streiks Lohnerhöhungen durchzusetzen, um damit die Lebenshaltung zu verbessern.

Auch die frühen Konsumgenossenschaften scheiterten in der Regel nach kurzer Zeit. Anders als bei den Produktivgenossenschaften zeigte es sich jedoch, dass eine wachsende Zahl dieser Genossenschaften trotz aller Anfeindungen und staatlicher Schikanen sich dauerhaft etablieren und ein solides Geschäft aufbauen konnten. Wie bei den Gewerkschaften so liefen die theoretischen Argumente gegen die Existenz der Konsumgenossenschaften so immer mehr ins Leere, weil diese ihre Nützlichkeit praktisch bewiesen.

Gewerkschaften unterstützen die Gründung von Konsumgenossenschaften

Einen Schwerpunkt der frühen Konsumgenossenschaftsbewegung bildeten wie bei der frühen Gewerkschaftsbewegung die sächsischen Industriegebiete. Während Konsumgenossenschaften in anderen Gebieten Deutschlands aufgrund der Vorbehalte aus der sozialdemokratischen Partei oftmals von bürgerlichen Kräften gegründet und geführt wurden, bestanden die sächsischen Konsumgenossenschaften überwiegend aus Mitgliedern aus der Arbeiterschaft. Dies wurde durchaus demonstrativ gezeigt durch die Gründung eines Konsumgenossenschaftsverbandes mit dem Namen „Vorwärts“, den auch zahlreiche sächsische Konsumgenossenschaften führten, etwa die in Dresden und in Chemnitz.

Während sich die sächsische Situation so beschreiben lässt, dass Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften ihre Nähe daraus zogen, dass sie weitgehend dieselbe Klientel organisierten, änderte sich die Situation im übrigen Deutschland grundlegend mit der Gründung des Hamburger „Konsum-, Bau- und Sparvereins PRODUKTION“ 1898/1899. Diese Genossenschaft, die sich bald zu einer der größten und leistungsfähigsten in Deutschland entwickeln sollte, stellt sich als unmittelbare Konsequenz des Hamburger Hafentarbeiterstreiks dar. Dieser Arbeitskampf, der von November 1896 bis Februar 1897 dauerte und bis zu 16.000 Hafentarbeiter einbezog, war einer der schwersten und wichtigsten industriellen Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert. Eine heute nur schwer vorstellbare Besonderheit war, dass die Hafentarbeiter weitgehend unorganisiert waren und insbesondere nicht über einen Streikfonds verfügten. Die Mittel zur Versorgung der Streikteilnehmer und ihrer Familien mussten vielmehr durch fortlaufende Sammlungen, die im gesamten Reich und auch im benachbarten Ausland durchgeführt wurden, herbeigeschafft werden. Die in der Folge diskutierte Überlegung war, dass es nicht sinnvoll sei, den Streikenden Geld in die Hand zu geben, das sie für übertriebene und schlechte Waren bei ihrem Krämer ausgeben mussten. Viel besser sei es doch, wenn für das Geld in großem Stil Getreide gekauft, dies in einer eigenen Mühle gemahlen und in einer eigenen Großbäckerei zu Brot verbacken würde.

Nach gründlicher Vorbereitung gelang es Adolph von Elm als Mitglied der Kartellkommission der Gewerkschaften von Hamburg, Altona und Wandsbek diese für die Unterstützung des Genossenschaftsprojektes zu gewinnen. Das Konzept war unter maßgeblicher Mitwirkung des jüdischen Kaufmanns Raphael Ernst May entstanden. Es beruhte darauf, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter in wirtschaftlichen Kämpfen zu erhöhen. So sollte aus der Rückvergütung der Genossenschaft für die Mitglieder ein Notfonds von jeweils 100 Mark angespart werden, was gut zwei Wochenlöhnen entsprach. Die Genossenschaft sollte gemäßregelte Arbeiter beschäftigen, und damit sie dazu in der Lage wäre, sollte sie von den Produkten, die sie verkaufte, möglichst viele in Eigenproduktion herstellen. Der bis dahin verbreiteten ‚Dividendenjagd‘ wurde eine Absage erteilt. Die verfügbaren Mittel sollten vielmehr dafür verwendet werden, möglichst schnell die Eigenproduktion auszubauen. Das Konzept stellte sich so dar als eine Mischung von Produktiv und Konsumgenossenschaft, wozu auch der Bau von gesundem und



bezahlbarem Wohnraum gehörte. Der Name der Genossenschaft ‚Produktion‘ war Programm.

Die Kartellkommission der Gewerkschaften von Hamburg-Altona und Wandsbek veranlasste, dass den Gewerkschaftszeitungen ein Flugblatt mit der Werbung für die neue Genossenschaft in einer Auflage von 30.000 beigelegt wurde.

Widerstand aus der SPD

Der Plan für die neue Genossenschaft fand innerhalb der sozialdemokratischen Partei keineswegs einhellige Zustimmung. So, wie in der SPD Genossenschaften grundsätzlich kritisch gesehen wurden, wurde auch hier argumentiert und gewarnt. In den drei Hamburger Wahlkreisen fanden Mitgliederversammlungen der SPD mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern statt, in denen heftigst über das Für und Wider der Genossenschaft gestritten wurde. Die SPD-Zeitung „Hamburger Echo“ schrieb am 28. Dezember 1898: „Von einer neuen sozialdemokratischen Gründung wissen hiesige Blätter zu berichten. Es handelt sich um ein Gründungsprojekt einer Anzahl Gewerkschaftsmitglieder, die einen Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ ins Leben rufen wollen. Die Sozialdemokratie hat selbstverständlich mit dieser Gründung nicht das Mindeste zu tun. ... Die Gründung von Spar- und Konsumvereinen kann und wird niemals als die Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet werden...“

In der „Neuen Zeit“, dem theoretischen Organ der SPD, schrieb Adolph Braun über den „Plan einer Monstergenossenschaft in Hamburg“.

Die Gründungsversammlung der „Produktion“ zählte über 700 Teilnehmer. So etwas hatte es bis dahin nicht gegeben. Dadurch wurde ein Impuls ausgelöst, der weithin Wirkung zeigte. So wurden mit gewerkschaftlicher Unterstützung noch im selben Jahr 1899 neue und nach kurzer Zeit große, erfolgreiche Konsumgenossenschaften gegründet in Berlin, Kiel, Hannover und Frankfurt.

Der Rauswurf von Bad Kreuznach

Das schnelle Wachsen des konsumgenossenschaftlichen Sektors löste Unruhe aus im übrigen Genossenschaftswesen, soweit es im von Herrmann Schulze-Delitzsch gegründeten „Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften“ organisiert war. Insbesondere die Kreditgenossenschaften sahen die Gefahr, dass sie in ihrem Verband in die Minderheit geraten könnten. Und so entschloss sich die Verbandsführung auf dem 1902 in Bad Kreuznach stattfindenden Genos-

senschaftstag zu einem putschartigen Vorgehen gegen die Konsumgenossenschaften. Ohne Ankündigung in der Tagesordnung wurde der Ausschluss der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine mbH (GEG), des Verbandes sächsischer Konsumvereine und von 98 Konsumgenossenschaften beschlossen.

Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine e.V.

Die Ausgeschlossenen weinten der verlorenen Verbandsmitgliedschaft nicht hinterher, sondern ergriffen unter der Führung der GEG und der sächsischen Konsumgenossenschaften die Initiative zur Gründung eines eigenen Genossenschaftsverbandes. Maßgeblich beteiligt daran waren Heinrich Kaufmann, der als Redakteur bei der GEG tätig war, Max Radestock vom Verband sächsischer Konsumgenossenschaften und Adolph von Elm von der Tabakarbeitergenossenschaft. 1903 wurde nach Dresden ein Gründungs-genossenschaftstag einberufen, an dem bereits 303 Genossenschaften teilnahmen, mehr als dreimal soviel, wie aus dem allgemeinen Verbande ausgeschlossen worden waren.

Parallele Tagung des Bäckerverbandes in Dresden 1903

Aufmerksam verfolgt wurden die Auseinandersetzungen um die Konsumgenossenschaften beim gewerkschaftlichen Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen. Diese litten in ihrer von Klein- und Kleinstbetrieben geprägten Branche unter besonders drückenden Arbeitsbedingungen, die unter anderem durch ständige Sonntagsarbeit und ständige Nacharbeit geprägt war. Eine der seit langem mit geringem Erfolg vorgetragenen Forderungen des Bäckerverbandes war: „Alle drei Woche eine Feiernacht“. Bei den Konsumgenossenschaften sah die Welt anders aus. Etliche von ihnen hatten sich eigene Bäckereien zugelegt, nicht wenige davon in industriellen Größenordnungen. Die Arbeitsbedingungen waren hier in vieler Hinsicht vorbildlich, indem es regelmäßige Arbeitszeiten mit Schichtarbeit gab, regelmäßige freie Tage, ja sogar Urlaub. Und nicht zuletzt herrschten hygienische Arbeitsbedingungen. Die Bäcker sahen in der Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften die Chance, Tarife durchzusetzen und so ihre Durchsetzungsmacht auch im privaten Sektor zu erhöhen. So berief der Bäckerverband seinen Verbandstag für 1903 nach Dresden ein, und zwar zur gleichen Zeit, zu der der Gründungsverbandstag der Konsumgenossenschaften stattfinden sollte. Der Erfolg gab dem



Bäckerverband Recht. Der Gründungsverbandstag des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK) beschloss, dass die Gewerkschaften anerkannt werden sollten und dass die Konsumgenossenschaften grundsätzlich gewerkschaftliche Arbeitsbedingungen gewährleisten wollten. Beschlossen wurde die Schaffung einer Pensionskasse für die Beschäftigten der Genossenschaften und der Abschluss von Tarifverträgen, der damals in weiten Bereichen der Wirtschaft noch völlig unüblich war. In der Folge kam es dann bereits im Jahre 1904 zum Abschluss eines Reichstarifvertrages mit dem Bäckerverband, der den ZdK und die Bäckerwerkschaft zum Wegbereiter des Flächentarifvertrages machten.

Für einen erheblichen Teil der übrigen Beschäftigten wurden vom ZdK Flächentarifverträge mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter abgeschlossen. Der Transportarbeiterverband war größer und durchsetzungsfähiger als der Bäckerverband. Die Folge waren sehr viel intensivere Auseinandersetzungen um die Tarifinhalte, wobei sich die Konsumgenossenschaften oft ungerecht behandelt fühlten, weil die bei ihnen gewährten Arbeitsbedingungen von vorneherein erheblich besser waren, als vielfach bei der privaten Konkurrenz. Die Konsumgenossenschaften fürchteten ihrerseits um ihre Konkurrenzfähigkeit und warfen dem Transportarbeiterverband vor, darauf nicht ausreichend Rücksicht zu nehmen. Diese Auseinandersetzungen beschäftigten manchen Gewerkschafts- und Genossenschaftstag.

Schnelles Wachstum

Die Zeit vor dem ersten Weltkrieg war eine Periode schnellen Wachstums der Konsumgenossenschaften. Zählte der Zentralverband bei seiner Gründung 1903 303 Mitgliedsgenossenschaften, so war diese Zahl fünf Jahre später bereits auf 1.028 mit 967.000 Mitgliedern angewachsen. Weitere fünf Jahre später 1913 hatte sich die Genossenschaftszahl auf 1.157 erhöht und die Mitgliederzahl auf 1.621.000.

Der Allgemeine Verband (Schulze-Delitzsch) hatte zwar mit dem Austritt zahlreicher Konsumgenossenschaften 1903 von seinen zuvor 638 Genossenschaften mit 631.000 Mitgliedern rund die Hälfte verloren. Auch später wanderten weiteren Konsumgenossenschaften vom Allgemeinen Verband zum ZdK ab, so dass der Allgemeine Verband 1913 bei den Konsumgenossenschaften nur noch 283 mit 206.000 Mitgliedern zählte. Aus den Zahlen wird im Übrigen deutlich, dass vor allem die größeren Genossenschaften zum ZdK gegangen sind. Eine weitere Organisation bildete sich 1908 mit dem

katholisch orientierten Reichsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., der wegen seines Sitzes in Köln als der Verband „Kölner Richtung“ bezeichnet wurde. Ende 1913 waren ihm 159 Genossenschaften mit 143.000 Mitgliedern angeschlossen.

Militär und Konsumgenossenschaften vor dem Krieg

Das Verhältnis zumindest der sozialdemokratisch geprägten Mitgliedsgenossenschaften des ZdK, der „Hamburger Richtung“, zu den staatlichen Einrichtungen war vielfach gespannt. In fast allen deutschen Staaten war den Staatsbediensteten und auch den Beschäftigten in Unternehmen, die im Staatsbesitz standen, wie etwa Eisenbahnen oder Bergwerke, die Mitgliedschaft in einem Konsumverein der Hamburger Richtung verboten. Dieses Verbot wurde erst bei Beginn des ersten Weltkrieges aufgehoben. Gleichwohl muss es schon zuvor, was bisher nicht erforscht ist, Beziehungen zwischen dem Militär und den Konsumgenossenschaften gegeben haben, die dieses Bild stören. Deutlich wird es an der Tatsache, dass das Militär unmittelbar bei Kriegsbeginn bei der Hamburger ‚Produktion‘ sechs Lastzüge beschlagnahmte, und zwar deswegen, weil diese vom Militär subventioniert waren. Es fragt sich, wie kam die Militärverwaltung dazu, den Fuhrpark dieser großen Konsumgenossenschaft zu subventionieren? Man kann nur spekulieren, dass es darum ging, jederzeit einsetzbares und auf den Lastwagen gut trainiertes Personal zu haben, was es dem Militär angeraten sein ließ, mit diesem für damalige Verhältnisse riesenhaftem Einzelhandelsunternehmen zu kooperieren. Für diese Annahme spricht, dass die Fahrer und Beifahrer der beschlagnahmten Lastzüge gleichzeitig zum Militär eingezogen wurden.

Festsetzung von Höchstpreisen

Zumindest ab Kriegsbeginn im August 1914 entwickelten sich vielfältige Beziehungen zwischen der Militärverwaltung und den Konsumgenossenschaften. Der Kriegsausbruch hatte verbreitet zu panischen Hamsterkäufen bei wichtigen Nahrungs- und Bedarfsgütern geführt. Von vielen Einzelhändlern wurden diese Käufe zu wucherischen Preissteigerungen ausgenutzt. Demgegenüber machte die Hamburger ‚Produktion‘ wie viele andere Konsumgenossenschaften Reklame damit, dass sie weiterhin „Friedenspreise“ für ihre Produkte verlangen würde, zumindest solange, wie die bestehenden Vorräte reichten oder zu gleichen Preisen nachgekauft werden konnten.



Die verbreiteten horrenden Preissteigerungen im privaten Handel zwangen das Militär zum Einschreiten, so dass bereits am 9. August 1914 von der Militärverwaltung Höchstpreise für bestimmte Nahrungsmittel festgesetzt wurden. Diese Preise betru- gen pro Pfund

Produkt	Höchstpreis	Preis ,Produktion'
Weizenmehl	30 Pf	24 Pf
Weißer Bohnen	40 Pf	30 Pf
Reis	30 Pf	28 Pf
Salz	15 Pf	10 Pf
Zucker	30 Pf	24 Pf

Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen.

Bereits 1914 wurde von den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden, den Wohlfahrtsorganisa- tionen, Frauenverbänden und den Verbänden der Konsumgenossenschaften in Berlin ein Kriegsaus- schuss für Konsumenteninteressen geschaffen. Dessen Ziele wurden folgendermaßen formuliert: *„...gegenüber den bestehenden organisierten Inter- essenvertretungen der Produzenten und Händler die Masse der Verbraucher zu einer möglichst star- ken Aktionsgemeinschaft zusammenzufassen. ...die sachkundige Vertretung der Konsumentenin- teressen gegenüber den Behörden, den Parlamen- ten und der Öffentlichkeit.“* Weiterhin wurden auf regionaler Ebene Bezirksausschüsse gebildet, de- nen ebenfalls Vertreter der Konsumgenossenschaf- ten angehörten. So war Ferdinand Vieth, Ver- bandsdirektor des nordwestdeutschen Konsumge- nossenschaftsverbandes, Mitglied des Verbrau- cherbeirates des hamburgischen Kriegsversor- gungsamtes und der Preisprüfungsstelle.

Immer tiefer wurden die Konsumgenossenschaften in die Kriegsernährungswirtschaft eingebunden. So wurde August Müller vom Vorstand des Zentralver- bandes deutscher Konsumgenossenschaften als Mitglied der Reichspreisprüfungsstelle nach Berlin entsandt. Er wurde später zum Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt ernannt.

Produktion für die Front

Damit nicht genug. Die leistungsfähigen lebensmit- telindustriellen Betriebe der Konsumgenossen- schaften wurden vom Militär für die Versorgung der Front in Anspruch genommen. Die ‚Produktion‘ hatte in Hamburg über ein hoch modernes Fleisch- warenwerk. Hier verfügte man über das Wissen und die Erfahrung, wie die Herstellung von Fleischkon- serven geregelt werden musste. Und so erarbeitete

die Leitung des Fleischwerks die Vertragsmuster für das Militär, die auch bei der Verpflichtung an- derer Fleischwarenbetriebe genutzt wurden. Die Hamburger ‚Produktion‘ wurde zum Leitbetrieb für die Fleischkonservenindustrie im ganzen Reich. In der Chronik der Pro wird dazu festgestellt: *„So wurde sie verwaltungs- und betriebstechnisch die Lehranstalt für die militärische Konservenprodukti- on in Deutschland während des gesamten Krie- ges.“* Da die Versorgung mit Vieh im Reich immer schwieriger wurde, errichtete die ‚Produktion‘ so- gar im Auftrag des Militärs eine Fleischkonserven- fabrik im polnischen Lodz.

Es arbeiteten schließlich drei Fleischwarenfabri- ken der ‚Produktion‘ für das Militär. In der Zeit von 1916 bis 1919 wurden 786.000 Tiere für die Hee- resverwaltung geschlachtet, bis zu 3.000 Tiere am Tag. Es wurden täglich bis zu 70.000 Konserven von bis zu 2.000 Beschäftigten erstellt. Dabei fie- len soviel Suppenknochen, Innereien und sonstige Schlachtreste ab, die für die Konservenproduktion nicht nutzbar waren und von der ‚Produktion‘ an ihre Mitglieder verkauft wurden, wozu sie 24 Spe- zialläden eröffnet hat.

Britisch-deutsches ICA-Bulletin

Man mag es eine Kuriosität nennen, was sich an Zusammenarbeit der deutschen und der britischen Konsumgenossenschaften während des Krieges über die Fronten hinweg ergeben hat. Festzustel- len ist dabei, dass die internationale Genossen- schaftsorganisation die einzige Internationale ist, die während des gesamten Krieges weiter funkti- oniert hat.

Der internationale Genossenschaftsbund gab vor dem ersten Weltkrieg in seiner Londoner Zentrale als gemeinsame Zeitschrift das ‚ICA-Bulletin‘ her- aus, und war in den drei sogenannten Kongress- sprachen Englisch, Deutsch und Französisch. Die französische und die deutsche Ausgabe wurden im August 1914 eingestellt. Aufgrund der Vermitt- lung durch die niederländischen Konsumgenos- senschaften wurde dann Anfang 1915 zwischen Hamburg und London vereinbart, dass ICA- Bulletin weiterhin als gemeinsame Zeitschrift he- rauszugeben. Dies funktionierte in der Weise, dass die englische Ausgabe des ICA-Bulletin via Amsterdam nach Hamburg geschickt und dort auf Deutsch übersetzt, gedruckt und an die deutsch- sprachigen Abonnenten ausgeliefert wurde. Auf dem umgekehrten Weg wieder über Amsterdam wurde die Londoner Redaktion mit Material aus Deutschland, insbesondere mit der konsumgenos- senschaftlichen Presse, versorgt die der dortigen



Redaktion die Grundlage für Meldungen im Bulletin gaben. Wenn man die Jahrgänge 1915 bis 1918 des Bulletins heute liest, mag man kaum glauben, dass die Herausgabe einer solchen Zeitung zu Kriegszeiten möglich war, so viele detaillierte Informationen über die Versorgungslage und die wirtschaftlichen Bedingungen enthielt es.. Man darf getrost unterstellen, dass den Militärbehörden die Herausgabe der gemeinsamen Zeitschrift nicht unbekannt geblieben ist. Neben der militärischen Subventionierung der Lastwagen der ‚Produktion‘ ist hier ein zweites Mirakel, das der Erklärung bzw. der Erforschung bedarf. Die Einbindung der Konsumgenossenschaften in die Kriegswirtschaft wird auch daran deutlich, dass die Sparkasse der ‚Produktion‘ Zeichnungsstelle für die verschiedenen Kriegsanleihen war.

Kindererholungsheim in Haffkrug

Mit Lieferungen ans Militär lässt sich viel Geld verdienen. Die ‚Kriegsgewinnler‘ sind sprichwörtlich. Dies gilt auch für die Hamburger ‚Produktion‘. Der Unterschied lag jedoch darin, was mit den zusätzlichen Gewinnen gemacht worden ist. Die ‚Produktion‘ hat bereits 1916 eine Stiftung gegründet, um ein Erholungsheim für die Kinder ihrer Mitglieder zu schaffen. Und bereits 1919 konnte mit den Überschüssen aus der Fleischkonservenproduktion in Haffkrug an der Ostsee ein Kindererholungsheim eröffnet werden. In diesem Heim haben im Laufe der Jahrzehnte 40.000 Kinder kostenlose vierwöchige Erholungskuren gemacht, bei denen penibel die Gewichtszunahme kontrolliert wurde, weshalb sie auch ‚Mastkuren‘ genannt wurden. Die durchschnittliche Gewichtszunahme der Kinder betrug nach vier Wochen fast 2 Kilogramm.

Revolutionäre Matrosen und Militärkonserven

Die vollen Lager des ‚Produktion‘-Fleischwarenbetriebes weckten natürlich Begehrlichkeiten, und so ist es kein Wunder, dass 1918 revolutionäre Soldaten vorfuhren, um Fleischkonserven zu requirieren. Die Chronik der ‚Produktion‘ berichtet darüber: *„Bereits am Spätnachmittag des 6.11.1918 fuhr ein mit einigen dreißig bewaffneten Militär- und Zivilpersonen besetztes Sanitätsauto in den Hof der Zentrale Wendenstraße. Der Führer dieser Leute ... verlangte die Auslieferung von Lebensmitteln für die Kämpfenden. Nachdem er sich dazu bewegen ließ, mit zwei schwer Bewaffneten dem anwesenden Vorstandsmitglied in das Verwaltungsgebäude zu folgen, wurde ihm hier erklärt, dass die vorhandenen Waren Eigentum der meist dem Arbeiterstande angehörenden Mitglieder der ‚Produktion‘ seien, die auch für das in den Spei-*

chern lagernde fremde Besitztum die volle Haftpflicht zugesagt hätten. Von den in den Händen der ‚Produktion‘ befindlichen Militärkonserven könnte nur auf Anweisung einer zuständigen Stelle eine Zuteilung erfolgen ... Das Ergebnis der Verhandlung war, dass der größte Teil der Leute zum Schutz der ‚Produktion‘ in der Zentrale einquartiert werden sollte und der Rest mit dem Führer den verlangten Ausweis beschaffen wollte. Tatsächlich kamen die Leute nach kurzer Zeit mit einer mit dem Stempel der stellvertretenden Intendantur des 9. Armeekorps versehenen Anweisung auf 20 Dosen Konserven zurück, die ihnen dann ohne Weiteres mit einigen Broten ausgehändigt wurden.“

Volkfürsorge

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert machte sich immer mehr ein Missstand im privaten Versicherungsgewerbe zu Lasten der Arbeiter bemerkbar. Es wurden Kleinlebensversicherungen verkauft, deren Bedingungen so ungünstig gestaltet waren, dass die Versicherten, insbesondere wenn sie aus Gründen der Arbeitslosigkeit oder familiärer Not zeitweilig die Prämien nicht bezahlen konnten, erhebliche Nachteile in Kauf nehmen mussten. Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften entschlossen sich daraufhin, eine eigene Lebensversicherungsgesellschaft zu gründen, was im Jahre 1912 mit der *„Volkfürsorge - gewerkschaftlich-genossenschaftliche Lebensversicherungs AG“* mit Sitz in Hamburg geschah. Der Widerstand aus der Versicherungswirtschaft war enorm. Insbesondere wurde immer wieder behauptet, dass die *Volkfürsorge* dazu dienen solle, Geld für die sozialdemokratische Partei zur Finanzierung ihrer umstürzlerischen Aktivitäten zu sammeln. Einer der Hauptanführer der Gegner war Wolfgang Kapp, der 1920 den nach ihm benannten Putsch zur Beseitigung der demokratischen Republik anführen sollte. Das Besondere der *Volkfürsorge* war, dass sie sich auf ein großes Heer nebenamtlicher Mitarbeiter stützen konnte, so dass die Anbahnung der Versicherungsverträge in großem Stil und mit relativ kleinem Aufwand erfolgen konnte. Die ersparten Beiträge kamen wiederum den Versicherten zugute. Direktor der *Volkfürsorge* war *Adolph von Elm*, der mit großem Geschick die Probleme meisterte, die sich für die gerade eben gegründete Versicherung aus dem Kriegsausbruch ergaben. Das Angebot wurde entsprechend angepasst und mit intensiver Werbung gelang es sogar, während des Krieges in erheblichem Umfang zu wachsen, so dass die *Volkfürsorge* nach Ende des Krieges gestärkt ihre Arbeit fortführen konnte.



Jahr	Verträge
1914	16.000
1918	300.000
1930	2.187.000

Entwicklung der Mitgliedsgenossenschaften des ZdK

Die getreue Arbeit für die Verbraucher, für ihre Mitglieder kam den Konsumgenossenschaften in ihrer Entwicklung zugute. Zwar stagnierte seit Kriegsbeginn die Zahl der Genossenschaften und ging später sogar leicht zurück, die Mitgliederzahl aber stieg weiter an und erreichte 1924 mit 3,5 Millionen ihren absoluten Höhepunkt.

Jahr	Genossenschaften
1919	1.132
1924	1.163
1929	988
1933	936

Kulturelle Bedeutung

Wenn man die Frage nach der Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Revolution stellt, dann wird man zunächst sagen müssen, dass sie wesentlich dazu beigetragen haben, einen auch politisch wirksamen Zusammenhalt innerhalb der Arbeiterbevölkerung zu schaffen. Die damals Verteilungsstellen genannten Läden waren Treffpunkt der Mitglieder, wobei zu berücksichtigen ist, dass aufgrund der gesetzlichen Regelung nur Mitglieder bei der Konsumgenossenschaft kaufen durften. Regelmäßig trafen sich die Mitglieder und ihre Familienangehörigen in den Verteilungsstellen. Dazu gab es formalisierte Strukturen. Jede Verteilungsstelle hatte ihren eigenen demokratisch gewählten Verteilungsstellenausschuss, der wiederum seine Vertreter in den Mitgliederausschuss der Genossenschaft entsandte. Für die Betreuung dieser Mitgliederarbeit gab es in allen größeren Genossenschaften einen fest angestellten Mitarbeiter, den Sekretär.

Regelmäßige Mitgliederfeste brachten die Menschen zusammen. Über das Fest zum 25jährigen Jubiläum der ‚Produktion‘ wird berichtet, dass 100.000 Teilnehmer gezählt wurden. Wenn von Mitgliedern die Rede ist muss dabei berücksichtigt werden, dass sie in der Regel nicht nur die Mitgliedschaft bei der Konsumgenossenschaft hatten, sondern in vielen Fällen auch bei der Gewerkschaft und in der sozialdemokratischen Partei, so dass die

Verteilungsstellen des Konsums Knotenpunkte eines weit verzweigten Konsumnetzes waren.

Eine Besonderheit der ‚Produktion‘ aber auch etlicher anderer Konsumgenossenschaften war der Gemeinschaftswohnen, in denen vorbildliche soziale Betreuung geleistet wurde, die wiederum den Zusammenhalt der Mitglieder stärkten. So gab es Kinderbetreuung, Chöre, Bibliotheken, Fortbildungskurse. Die heutige Arbeiterwohlfahrt z.B. ist aus dem großen Wohnblock der ‚Produktion‘ am Barmbeker Schleidenplatz (heute: Biedermannsplatz) entstanden. Die ‚Produktion‘ war auch beteiligt an der Gründung des *Gemeinnützigen Bestattungsinstituts (GBI)*, das noch heute das mit Abstand größte Bestattungsunternehmen in Hamburg ist.

Die Konsumgenossenschaftlichen Hamburger Richtung waren, soweit dies überliefert ist, in der Regel keine „Linken“ im Rahmen des Spektrums der Sozialdemokratie. Da stellt sich die Frage, wie diese Organisation in Verbindung mit der Revolution gebracht werden kann. Der Zusammenhang ist einfach. Die vorbildlich geführten Betriebe der Konsumgenossenschaften waren der Beleg dafür, dass die Kapitalisten überflüssig sind. Es ist möglich, die Wirtschaft genossenschaftlich zu führen. Die Konsumgenossenschaften waren insofern gelebte Utopie und waren damit Grundlage der Hoffnung, dass nach einem Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse ein besseres Leben möglich ist.